



An
die Mitglieder des Parteivorstandes
die Landes- und Bezirksvorsitzenden
die Leitenden Landes- und BezirksgeschäftsführerInnen

30. April 2010

Liebe Genossinnen und Genossen!

In den letzten Wochen und Monaten hat sich die Schuldenkrise Griechenlands dramatisch zugespitzt. Die Schwierigkeiten der griechischen Regierung zur Bedienung des Schuldendienstes neues Geld auf den internationalen Finanzmärkten zu leihen, und das aggressiv-spekulative Verhalten der Kapitalmärkte gefährden nicht nur die Stabilität des Euro. Auf dem Spiel steht auch die Zukunft des europäischen Wirtschaftsraumes insgesamt und damit Sicherheit und Stabilität des Wohlstandes in Europa.

Schon jetzt droht die Krise auf andere Regionen Europas überzugreifen, nachdem auch die Kreditwürdigkeit Portugals und Spaniens von Ratingagenturen herabgestuft wurde. Dies hat Folgen für die gesamte Euro-Zone. Deutschland wäre von einer solchen Entwicklung als führende europäische Exportnation besonders hart betroffen. Wir Deutschen haben vor allen anderen Mitgliedstaaten das größte Interesse an einer stabilen Euro-Zone. Der Zusammenbruch ganzer Staaten in Europa und eine instabile Währung würden hunderttausende von Arbeitsplätzen in Deutschland gefährden. Ein stabiles Europa ist dagegen die Voraussetzung dafür, dass auch wir in einem mehr und mehr durch den Weltmarkt geprägten Wettbewerb die Leistungskraft unserer Volkswirtschaft erhalten können. Es geht um die Wohlfahrt des ganzen Kontinents.

Das alles wussten wir Sozialdemokraten, als die Krise begann. Bereits damals haben wir Kanzlerin Merkel davor gewarnt, die Situation zu unterschätzen. Wir haben sie aufgefordert, gemeinsam mit allen anderen EU-Staaten natürlich dafür zu sorgen, dass die griechische Regierung drastische Sparmaßnahmen ergreift. Aber wir haben auch gefordert, dass die Möglichkeit geschaffen werden muss, dass sich Griechenland seine notwendigen Kredite zu normalen Zinsen beschaffen kann und nicht auf die Spekulationen der Finanzmärkte angewiesen sein sollte. Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament und ihr Vorsitzender Martin Schulz haben dafür vor Monaten Vorschläge vorgelegt.

Angela Merkel und ihre CDU/CSU/FDP-Koalition aber wollten die Deutschen hinters Licht führen. Bis zur Landtagswahl in NRW am 9. Mai wollte sie den Deutschen nicht die Wahrheit sagen. Stattdessen wurde sie wieder zur „Bildzeitungs-Kanzlerin“. Dort ließ sie sich als „Madame No“ und als „eiserne Kanzlerin“ in Bismarckpose und als Schutzengel der deutschen Steuerzahler feiern. In Wahrheit wusste sie schon damals: Natürlich können wir Deutschen uns im eigenen Interesse nicht raushalten.

Diese Taktiererei Angela Merkels war geradezu eine Einladung an die Spekulanten. Lagen die Zinsen am Anfang der Griechenlandkrise noch bei 5,2 Prozent, so stiegen sie erst auf 8,5 Prozent und sind jetzt explodiert. Gleichzeitig sind Zocker und Spekulanten wieder unterwegs, um gegen die Stabilität des Euro und gegen weitere Staaten wie Portugal und Spanien zu wetten. Merkels Wahltaktik kostet die deutschen und europäischen Steuerzahler Milliarden Euro – und jeder Tag der Untätigkeit kostet es mehr.

Sozialdemokratische Minister haben nach der Lehman-Pleite gezeigt, was verantwortungsbewusstes, schnelles Handeln ist – wir haben die Debatte in Europa bestimmt und uns nicht – wie die jetzige Bundesregierung – von anderen treiben lassen.

Schon damals haben wir gesagt: Wir dürfen uns nicht auf kurzfristiges Krisenmanagement beschränken, sondern müssen den Ursachen der Krise zu Leibe rücken und ihre Verursacher an der Beseitigung ihrer Folgen beteiligen. Eine Finanzmarktsteuer in Europa, wie sie Peer Steinbrück wiederholt vorgeschlagen hat, würde die Verursacher zur Kasse bitten. Allein Deutschland hätte in jedem Jahr zweistellige Milliardenbeträge an Einnahmen. Würden wir dann endlich bestimmte gefährliche Praktiken an den Finanzmärkten verbieten und auch diese Märkte regulieren, hätten wir viel geleistet, damit sich diese Krisen nicht ständig wiederholen. Und wir würden nicht die Steuerzahler das zweite Mal für das unverantwortliche Verhalten der Banken in der Griechenlandkrise bezahlen lassen. Denn natürlich wussten viele Banker, dass Griechenland nicht mehr zahlungsfähig war – trotzdem wurden Kredite herausgegeben. Und natürlich werden im Investmentbanking weiter mit den gleichen Praktiken gearbeitet, die uns in die Krise hinein getrieben haben.

Zusammengefasst:

- Angela Merkel hat durch fahrlässiges Taktieren und fehlendes Krisenmanagement noch Öl ins Feuer gegossen. Die Zinsen für griechische Staatsanleihen sind mittlerweile auf fast 20 Prozent gestiegen – auf dem Niveau von Entwicklungsländern!
- Die Folge: Alle Sparmaßnahmen der Griechen werden durch höhere Zinsen wieder aufgefressen. Die einzigen Profiteure sind Währungsspekulanten. Ein Teufelskreis, der durchbrochen werden muss.
- Die Bundesregierung will offenbar die Steuerzahler das zweite Mal für unverantwortliches Verhalten von Banken und Spekulanten bezahlen lassen.

Deutschland hat das größte Interesse an einem stabilen Euro, weil unsere Arbeitsplätze vom Export in stabile Länder abhängen.

Durch unstetes und unwahrhaftiges Agieren von Merkel, Westerwelle und Schäuble hat Deutschland außerdem schon jetzt erheblich an Ansehen und Achtung in Europa und der Welt eingebüßt.

Deshalb sagen wir:

1. Wir wollen einen Verantwortungspakt. Wir wollen auch durch deutsche Beiträge den Euro stabil halten. Und wir wollen schnell und unverzüglich handeln, denn wir brauchen Klarheit, um den Spekulanten Einhalt zu gebieten.
2. Aber wir wollen auch, dass diejenigen, die verantwortlich sind für die Krise, die Kosten tragen. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung drastische Schritte, um in Europa gemeinsam mit den anderen Mitgliedsstaaten eine Finanzmarktsteuer einzuführen. Deutschland hat eine Schlüsselstellung bei der Lösung der Griechenlandkrise. Jetzt muss die Bundesregierung diese Chance nutzen.

Unter diesen Voraussetzungen ist die SPD bereit, Hilfen für Griechenland und damit zur Sicherung der Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung sofort mitzutragen. Wir bieten der Bundesregierung diese „Verantwortungspartnerschaft“ an. Das setzt aber auch voraus, dass die Bundesregierung zunächst unverzüglich die Karten auf den Tisch legt und das finanzielle Risiko für die Menschen in Deutschland deutlich macht.

Mit diesen klaren Forderungen wird sich die SPD in den kommenden Tagen an der Diskussion im Deutschen Bundestag beteiligen. Wir wissen: Es darf jetzt keine weitere Verzögerung geben. Europa muss in dieser Krise handlungsfähig sein. Wir brauchen daher zügige, aber auch verantwortbare Ergebnisse. Unser Ziel muss sein, dass der Bundestag rechtzeitig und aufgrund aller relevanten Informationen entscheiden kann. Einen Blankoscheck für unsere Zustimmung kann die Bundesregierung nicht erwarten. Wir werden schnell, aber sorgfältig prüfen, ob das Hilfspaket geeignet ist, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, die Krise einzudämmen, Lasten gerecht zu verteilen und Europa wieder auf einen guten Weg zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen



Sigmar Gabriel
SPD-Parteivorsitzender



Dr. Frank-Walter Steinmeier
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion